

## TAGUNGEN

### Standortbestimmung der Sozialgeographie

Der XXXIII. *Deutsche Geographentag*, der vom 22. bis 26. Mai 1961 in Köln abgehalten wurde, brachte auch für den nicht geographisch orientierten Sozialwissenschaftler Gedankengänge zutage, die zur Kenntnis genommen und beherzigt werden sollten. Wer bisher glaubte, die Erdkunde sei eine lästige, im Grunde unfruchtbare Wissensanhäufung (und die stiefmütterliche Behandlung des Faches in den Schulen läßt die jungen Menschen ihr ja nur in den seltensten Fällen Geschmack abgewinnen), mußte in Köln erkennen, daß sich Schulerkunde und Hochschulgeographie gleichermaßen ihrer Aufgabe in der Gegenwart bewußt sind, einer meinungsbildenden, ja politischen Aufgabe. Nicht ohne Grund fielen harte Worte über die Reform der Oberstufe an

höheren Schulen, wo die Erdkunde als selbständiges Fach fast verschwunden ist. Wie will man junge Menschen zu kontinent-, ja weltweitem Denken und Verstehen erziehen, wenn man nicht das Wissen um die Oberfläche der Erde und das gestaltende Wirken von Gruppen und Individuen auf ihr lehren kann?

Es ist zur Mode geworden, über Maßnahmen in fernen, überseeischen Gebieten zu sprechen und kluge Ratschläge vom grünen Tisch her oder vom Flugplatz aus zu erteilen. Wer nimmt sich schon die Mühe, Grundlagenforschung an Ort und Stelle zu treiben, wenn nicht der Geograph? Er ist der unbequeme Mahner, denn er differenziert und beweist, daß es so einfach denn doch nicht ist. Darum umgeht man ihn. Seine Arbeit erscheint zu langwierig und auf sie wird deshalb lieber verzichtet. Die Folge dieser Haltung ist leicht zu erkennen: „In einer Zeit, da die Welt zusammenwächst, ist das deutsche Volk ein Volk von geographischen Analphabeten, das in

europazentrischem Denken befangen ist. Das schließt nicht aus, daß diese Menschen an führenden Stellen sitzen und Entscheidungen fällen“ (Prof. A. Kolb, Hamburg).

Wie stark demgegenüber im Ausland gearbeitet wird, zeigt vor allem ein Blick in die *Sowjetunion*. An der Lomonossow-Universität in Moskau gibt es eine geographische Fakultät mit 300 Professoren, Dozenten und Assistenten und daneben an der Akademie der Wissenschaften ein geographisches Institut mit der gleichen Besetzung. Hier werden u. a. die Grundlagenforschungen durchgeführt, die unerlässlich sind für die Aufbaupläne in Entwicklungsländern.

Bemerkenswert war, daß eine neue geographische Disziplin die Vortragsfolge beherrschte: die *Sozialgeographie*. Nun ist die Sozialgeographie wie auch die Wirtschaftsgeographie an sich nichts Neues (Prof. *Otremba*, Hamburg, nannte sie denn auch ein erwachsenes Kind, das es nur noch zu adoptieren gelte). Um eben diese Adoption ging es in Köln. Es herrschte Einigkeit über das Prinzip. Die Sozialgeographie liegt quer zu den Teildisziplinen, läuft also über Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar-, Siedlungs-, Industriegeographie usw., bedient sich ihrer Erkenntnisse und erhellt Hintergründe und Zusammenhänge. So kann sie ein Gesamtbild schaffen (Prof. *Bobek*, Wien). Wir haben es ja heute nur noch in seltenen Fällen mit der ursprünglichen Kulturlandschaft zu tun. In der Regel tritt uns eine Kulturlandschaft entgegen, eine Landschaft also, die von Menschen, von einer Sozialgruppe, von Gruppengefügen gestaltet wurde und laufend verändert wird. Und wie der Soziologe in der letzten Zeit den Weg zum raumbezogenen Denken findet, so bezieht der Geograph mehr und mehr das Einwirken der Gesellschaft auf die Landschaft ein.

Das mag dem Laien nun alles recht abstrakt klingen. Es wird aber sogleich greifbar, wenn man die praktische Leistung des Geographen etwa bei der Entwicklungsplanung kennt. Es hat sich ja in den wenigen Jahren deutscher Entwicklungshilfe nur zu deutlich gezeigt, daß das Wissen um die Dinge draußen bei uns nicht eben groß geschrieben wird. Schon gar nicht ist es Allgemeingut der damit Befassten. Vorstellungen wie die von der Homogenität der Entwicklungsländer lassen auf eine unverzeihliche geographische Ignoranz schließen; der Sozialgeograph hat die „Sozialreiche“ mit Bevölkerungen gleichartiger Sozialsysteme (*Bobek*), resp. die Gebiete und Regionen gleicher Problematik (Prof. *Hartke*, München) als einigermmaßen gleichartigen Raum entwickelt. Wenn der Sozialgeograph seine Arbeit aufnimmt, so geht er einen wesentlichen Schritt über die klassische physische Geographie hinaus. Es muß der Raum mit dem gestaltenden Menschen darin der Forschungsgegenstand sein. Nur so kann er die Voraussetzungen für das Schaffen, was wir heute Regionalstrukturforschung nennen,

die ihrerseits die Basis für *Regionalplanung* ist. Diese Arbeit wiederum kann nicht isoliert stehen. Man wird sich draußen bei der wissenschaftlichen Feldarbeit und drinnen bei der Universitätsarbeit daran gewöhnen müssen, im Team zu arbeiten: Soziologe, Wirtschaftler, Geologe, Biologe und Geograph müssen zusammenwirken, wenn die Wissenschaft die massiven Fundamente legen will, von denen aus politische Entscheidungen mit einiger Sicherheit getroffen werden können. Die zahlreichen guten Beiträge auf dem Deutschen Geographentag haben gezeigt, daß die Geographie sich ihrer praktischen Aufgaben heute und hier bewußt ist.  
*Dr. Wolf Donner*

### Mitgliederversammlung „Arbeit und Leben“

Am 17. Mai 1961 fand in Berlin die diesjährige Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises *Arbeit und Leben* statt.

*Arbeit und Leben* ist mit der deutschen Hauptstadt besonders eng verbunden. Jahr für Jahr veranstaltet es hier für Jugendliche und Erwachsene aus der Bundesrepublik eine steigende Zahl einwöchiger Internatskurse, die den Teilnehmern Gelegenheit geben, sich mit den Problemen der geteilten Stadt und unseres geteilten Vaterlandes und mit der Praxis des kommunistischen Totalitarismus zu beschäftigen. 24 Seminare waren es im Jahre 1957, 79 im Jahre 1960. Ein eigenes, mit Hilfe des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen eingerichtetes Organisationsbüro hilft, die entstehenden Aufgaben (Unterbringung, Programmgestaltung, Referentenvermittlung, Beratung der Teilnehmer) zu bewältigen. Damit ist zugleich auf eines der positiven Arbeitsergebnisse des Jahres 1960 hingewiesen.

*Arbeit und Leben* ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und Volkshochschulen. Die Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften und der Vorstand, die sich zur Jahrestagung zusammenfanden, kommen also aus den Bereichen der beiden Partner. Es ist aber immer wieder und auch dieses Mal bemerkenswert, daß die Teilnehmer nicht als Vertreter der einen oder anderen Organisation nebeneinander oder gar gegeneinander stehen, sondern daß sie sich als ein Kreis für das gemeinsame Bildungswerk verantwortlich fühlen und sich um seine Fortentwicklung bemühen. Dem entsprachen auch die Grußworte des Vorsitzenden des Deutschen Volkshochschulverbandes, *Josef Rudolf*, und des Vertreters des DGB-Bundesvorstandes, *Dr. Küppers*.

Zwei Punkte unter vielen anderen können gut verdeutlichen, in welcher Weise *Arbeit und Leben* die Bildungstätigkeit beider Part-

ner ergänzt: Der größte Teil der Arbeitnehmer, die in seine Veranstaltungen kommen, ist nicht gewerkschaftlich organisiert, und etwa 60 vH der Teilnehmer sind Arbeiter.

Die neun Monate des Rumpfetatjahres 1960 (sich ergebend aus der Anpassung des Haushaltsjahres an das Kalenderjahr), über die der Geschäftsbericht vorgelegt wurde, waren sehr erfolgreich, zeigten aber auch die materiellen Grenzen, an die das Bildungsbemühen stößt.

Die *Schriftenreihe Arbeit und Leben*, die für Lehrer, Kursusleiter und Dozenten Material und methodische Anregungen zur Behandlung wichtiger politischer Themen bringt, findet weit über *Arbeit und Leben* hinaus Zustimmung bei Volkshochschulen und Gewerkschaften. • Auch staatsbürgerliche Bildungsstellen und andere Einrichtungen für politische Bildung und nicht zuletzt Lehrer gehören zu den Abnehmern.

Vor welchen Schwierigkeiten die Jugend- und Erwachsenenbildung steht, wird in zwei Resolutionen deutlich, die die Mitgliederversammlung einstimmig verabschiedete. In der einen werden *Erhöhung der Zuschüsse* von Bund, Ländern und Gemeinden gefordert, ohne die eine durchaus noch mögliche erhebliche Ausweitung der Tätigkeit nicht erfolgen kann, und zugleich eine Anpassung der Abrechnungsverfahren an die von der pädagogischen Arbeit bedingten Erfordernisse; die starre Bindung an das Haushaltsjahr hemmt und stört manche Überlegungen und jede langfristige Planung.

Die zweite Resolution wiederholt die schon vor einem Jahr erhobene Forderung nach einem bezahlten *Bildungsurlaub* für Arbeitnehmer. Niemand bezweifelt die Bedeutung, die der Besuch langfristiger Internatskurse für den Bildungsprozeß des Menschen hat. Aber dieser Besuch ist nur wenigen Arbeitnehmern möglich, und es geht nicht an zu verlangen, daß der Erholungsurlaub dazu verwendet wird. In fünf Jahren acht Wochen bezahlter Bildungsurlaub zur Teilnahme an Internatskursen in Heimvolkshochschulen oder ähnlich gelagerten Einrichtungen und Veranstaltungen, garantiert durch Gesetzgebung oder in Tarifvereinbarungen — dieser Forderung von *Arbeit und Leben* wird sich jeder Erwachsenenbildner anschließen können.

Eine dritte Resolution endlich fordert die Unterstützung der *Erwachsenenbildung in Entwicklungsländern*. *Arbeit und Leben* unternimmt auf dem Gebiet der Information über Entwicklungsländer seit Jahren schon manches — örtliche Veranstaltungen, Mitarbeiter tagungen, Zusammenstellung von Material in Heften seiner Schriftenreihe. Es ist der Meinung, daß die deutsche Erwachsenenbildung auch manches zur Unterstützung und Entwicklung der Erwachsenenbildung in diesen Ländern helfend, anregend und beratend

leisten könnte und müßte. Dazu bedarf es allerdings einer größeren öffentlichen finanziellen Unterstützung. Dr. Hans Boulboulé

## Zehn Jahre

### Deutsche Journalisten-Union

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier fand eine außerordentliche Bundeskonferenz dieser Organisation am 1. und 2. Juni in Stuttgart statt. *Harry Zieher*, Zweiter Vorsitzender der IG Druck und Papier, gab einen kurzen Abriss der zehnjährigen Geschichte der Deutschen Journalisten-Union (früher Berufsgruppe der Journalisten). Der Vorsitzende des Landesbezirks Baden-Württemberg des DGB, *Reibel*, dankte den in der dju zusammengeschlossenen Journalisten für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber dem Gewerkschaftsgedanken. Der Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg der dju, *Eugen Stolz*, begrüßte die Aktivität der Journalisten, die sich nicht damit begnügt hätten, nur ihrer Arbeit nachzugehen, sondern z. B. die Stadt Stuttgart aufgerufen haben, eine Dokumentation über das Schicksal ihrer jüdischen Mitbürger von 1933 bis 1945 zusammenzustellen. Diese Resolution wurde dem Überbürgermeister, den Fraktionen des Gemeinderates und der Tagespresse zugeleitet, die die Bevölkerung aufforderten, alles Material, was sie über Einzelschicksale besitze, zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist so viel Material eingegangen, daß eine Historikerin mit seiner Sichtung beauftragt werden konnte. Eine Dokumentation für den Schulunterricht wird voraussichtlich im Herbst 1962 erscheinen.

Der Erste Vorsitzende, Dr. *Walter Fabian*, hielt das grundsätzliche Referat. Es sei das erste Mal, daß die Journalisten eine gewerkschaftliche Heimat gefunden hätten. Zuvörderst müsse die soziale Besserstellung aller Journalisten, nicht nur besonderer Gruppen unter ihnen, angestrebt werden. Das sei nicht nur um ihretwillen notwendig (so wichtig es sei, daß sie — ganz gleich, ob angestellt oder freischaffend — gesicherte Urlaubs-, Arbeitszeit-, Gehalts- und Honorarbedingungen hätten), vielmehr gelte es, ihr Ansehen um der Leistung willen zu fördern und zu stärken, die sie im Dienste der öffentlichen Meinung erbringen. Deswegen werde die dju nicht aufhören, nach der Erlangung der Tariffähigkeit zu streben.

Es wäre schön, wenn auf diesem Wege die Gewerkschaften dort selbst vorangehen würden, wo sie die Möglichkeit dazu haben, indem sie dafür sorgen, daß ihre freien Mitarbeiter bessere Honorare erhalten. Das ließe sich vertreten, da das Honorar einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz der Gesamt-

kosten einer Zeitung oder Zeitschrift darstellt. Der gewerkschaftlich organisierte Journalist solle nicht nur seiner Arbeit nachgehen, sondern seine Feder, wo immer es möglich sei, in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stellen. Als Vorbilder für einen solchen Journalismus bezeichnete er die beiden verstorbenen Gewerkschaftsjournalisten *August Enderle* und *Fritz Rück*, die — um mit Gottfried Keller zu sprechen — immer „auf der Menschheit froher Linken“ gekämpft hätten.

Ein solches Tun beschränkt sich nicht nur auf die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, sondern sei eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Der gewerkschaftlich organisierte Journalist müsse an der fortschreitenden Demokratisierung der Gesellschaft mitwirken. Er müsse der Entwicklung zu autoritären Herrschaftsformen entgegentreten und die Verantwortung der Einzelpersonlichkeiten stärken helfen. Demokratie ist aber auch Ringen um gleiche Chancen für alle. Er kann deshalb nicht an Fragen der Wirtschaftsordnung vorbeigehen.

Wenn es darum geht, zu den Fragen um Krieg und Frieden Stellung zu nehmen, genügen Proklamationen nicht. Man muß sich mit den sachlichen Problemen beschäftigen, so z. B. mit den Fragen der Abrüstung, wie es *Noel Baker* jüngst in seinem Buche vorurteilslos getan hat. In dieser Frage können wir nicht die eine und die andere Seite gelten lassen. Eine teilweise Abrüstung genügt nicht. Es sei ein brennendes Problem, daß ein großer Teil der materiellen und intellektuellen Kräfte der Völker durch ein völlig unproduktives Unternehmen gebunden seien. Es sei in diesem Zusammenhang von außerordentlicher Bedeutung, auf die Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern hinzuweisen.

Als allgemeine Aufgaben, die der gewerkschaftlich organisierte Journalist wahrzunehmen habe, bezeichnete Fabian die allseitige und umfassende Information der Öffentlichkeit. Es habe sich bei vielen Gelegenheiten gezeigt, daß die deutsche Öffentlichkeit falsch oder ungenügend unterrichtet worden ist. Eine zweite allgemeine Aufgabe sah er darin, der Öffentlichkeit die Realität von heute zu zeigen. *Karl Marx* konnte zu seiner Zeit die Alternative aufstellen: Sozialismus oder Absturz in die Barbarei. Auf uns Heutige angewandt, muß sie heißen: Errichtung einer sozialgerechten Gesellschaft oder Absturz in die Vernichtung. Es gibt Möglichkeiten, die Wirklichkeit dieser Alternative zu zeigen. Die Redakteure sollten solche Publizisten, Wissenschaftler, Politiker usw. zu Worte kommen lassen, die hierzu Gültiges auszusagen vermögen. Ferner sollten die gewerkschaftlich organisierten Journalisten das Recht auf freie Meinung achten, bewahren und ausbauen. Bisher ist eine *Lex Soraya*, ein Ehrenschutzgesetz, entsprechende Bestimmungen in der

Strafrechtsreform, das Notstandsgesetz nicht durchgesetzt worden. Aber diese Anschläge auf die Meinungsfreiheit sind nur vertagt, sie werden sich wiederholen. Die Kräfte, die hinter diesen Anschlägen stehen, hoffen, daß die Journalisten müde werden. Sie sollen sich täuschen. — So sehr er die Verabschiedung von Pressegesetzen begrüße, müsse er doch sagen, daß es besser sei, kein Gesetz zu haben, als eines, das — wie das in Nordrhein-Westfalen geplante — entscheidende Verschlechterungen bringt.

Welche Verbündeten kann die dju für diese Aufgaben gewinnen? Da ist zuerst der DGB mit seinen Gewerkschaften. Ein weiterer Verbündeter stehe uns in der öffentlichen Meinung zur Verfügung. Aber wir müssen immer wieder deutlich machen, daß es sich um einen Kampf um die Grundvoraussetzungen für den Bestand einer freien Gesellschaft handelt. „Auch der Deutsche Journalistenverband, die Verlegerverbände, der Deutsche Presserat und andere Organisationen sind unsere Verbündete, wo es um die Verhinderung von Anschlägen auf die Pressefreiheit geht.“ Für dieses besondere Ziel sei es nötig, gleichsam eine „Volksfront“ aller demokratisch gesinnten Kräfte zu bilden.

Walter Fabian betonte das große Gewicht, das der Mut des einzelnen besitzt. Der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins habe auf dem letzten Anwaltstag gesagt, daß wir uns nicht allein auf Institutionen verlassen sollten, sondern daß die Zivilcourage des einzelnen mindestens ebensoviel erreichen könne. Der selbständig denkende Journalist, der mutig seine Meinung sagt, hat eine entscheidend wichtige Funktion. Und diese ist nicht auf unsere Generation beschränkt; er muß die Begeisterung für die Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden der jungen Generation weitergeben. Erst dann, so schloß Fabian, trägt seine Tätigkeit die rechten Früchte.

Im Anschluß an die öffentliche Veranstaltung fanden eingehende organisatorische Beratungen statt, bei denen Dr. Fabian und *Horst Wolter*, der neue Geschäftsführer der dju, den Tätigkeitsbericht gaben; ergänzend berichtete Dr. *Fritz Rediger* über die Tätigkeit der Internationalen Journalistenföderation. Lebhaft begrüßt wurde ein Schreiben des Bundesvorstandes des DGB an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, in dem gefordert wird, daß die dju einen Vertreter in den zu bildenden Fernsehrat entsenden könne. In einer sehr eingehenden und fruchtbaren Diskussion wurden sowohl die organisatorischen Aufgaben der nächsten Zeit wie insbesondere das Problem der Tarifpartnerschaft der dju erörtert; eine Reihe einstimmig angenommener Entschlüsse halten die Ergebnisse der sehr fruchtbaren zweitägigen Beratungen fest. *Annemarie Zimmermann*